



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/137 - 19. Juni 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0686890

Hinweise

auf den Inhalt:

Zur Aufhebung des China-Embargos	S. 1
Abrüstungs-Hin-und-Her in London	S. 2
Nachwort zum Heimkehrertreffen in Frankfurt	S. 4
Zum Stuttgarter Kongress der sozialistischen Jugend	S. 5
Die Wirkungen des Göttinger Appells	S. 7

Nachzügler Bonn

sp- Gegen alle wirtschaftliche und politische Vernunft hat die Bundesregierung sich lange Zeit geweigert, das sinnlos gewordene Chinaembargo aufzuheben. Nur musste sie, da neben Grossbritannien auch fast alle europäischen Länder vorangegangen waren, ihren Widerstand aufgeben. Als einer der letzten Nachzügler hat Bonn, wenn auch widerstrebend, die Aufhebung der Handelsbeschränkungen über China verfügt; im Handel mit diesem Land, das mit seinen 600 Millionen Menschen einen unerschöpflichen Absatzmarkt bildet, gelten nur noch die gleichen Bestimmungen wie im Handel mit der Sowjetunion. Ein grosser Strom deutscher Qualitätswaren kann sich nun in das Reich der Mitte ergiessen, das nach den Worten Staatssekretärs "Hallstein" nichts mehr Chinesisches hat" - ein törichtes Wort, seinerseits ausgesprochen vor Hamburger Exporteuren. Es werf ein Schlaglicht auf die gespenstischen Vorstellungen, in denen sich die offizielle Aussenpolitik Bonns, soweit sie das Verhältnis zu der östlichen Welt berührt, bewegt...

Keine Gründe sprechen dagegen, aber alle Gründe dafür, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu allen Staaten herzustellen, die dazu bereit sind. Die Bundesregierung verschliesst sich dieser Notwendigkeit, sie vermag nicht die Gefahr zu erkennen, die darin besteht, dass Pankow zur Beispiel in China, Polen, Ungarn und anderen Staaten das Monopol der deutschen Interessenvertretung besitzt. Die Spaltung Europas, heisst es im Wahlprogramm der Opposition, ist nur durch beharrliche Zusammenarbeit aller seiner Völker zu überwinden. Wie kann aber eine Zusammenarbeit gepflegt werden, wenn die Voraussetzung dazu, die Aufnahme diplomatischer Kontakte, beharrlich verweigert wird?

Das starre Festhalten Bonns an Positionen des Kalten Krieges wirkt sich auf die Dauer gegen unsere Lebensinteressen aus, bestimmt schafft es uns keine Freunde. Will unsere Bundesregierung immer als Letzte in der Reihe stehen, wenn es gilt, den Kalten Krieg zu liquidieren? Im Falle China da es nicht eben anders ging und die Sünde gegen wirtschaftliche und politische Vernunft sich nicht mehr rechtfertigen liess, handelte Bonn als Nachzügler; besser wäre es ihm freilich gestanden, hätte es schon früher diesen Akt vollzogen. Jede Aufnahme wirtschaftlicher und politischer Kontakte ist in sich ein Beitrag zur Befriedigung in der Welt und zwischen den Völkern; leider ist von Bonn aus in dieser Richtung keine vorausblickende Initiative zu erwarten. Es lässt sich treiben, statt selbst zu drängen.

* * *

19. Juni 1957

Eine gefährliche Klippe wurde umschifft

E.A. London

Es kriselte gefährlich während der ersten Juniwoche in der Abrüstungskonferenz. Ein vorzeitiges Ende der Verhandlungen, die programmgemäß bis August vor sich gehen sollen, schien bevorzustehen. Heute scheint die Krise überstanden zu sein und die Konferenz wurde vor dem Scheitern, denn das hätte ein vorzeitiges Ende bedeutet, noch einmal gerettet. Herr Sorin zeigt weiter grossen Eifer, aus den langwierigen Verhandlungen mit einigen positiven Resultaten nach Moskau zurückzukehren. Und die vier westlichen Delegierten haben ihre ins Wanken geratene einheitliche Haltung nach einigem erhitzten Hin- und Her wiedergefunden. Der mit Ungunst gesehene Übereifer Harold Stassens wird von einem ihm beigeordneten Stellvertreter, Julius Holmes, in Schach gehalten werden. Der Herrn Stassen aufgesetzte Dämpfer erlaubt es den übrigen westlichen Delegierten, mit den Amerikanern an einem Strang zu ziehen, nachdem die anscheinend bestehende Gefahr eines sowjetisch-amerikanischen Privatabkommens beseitigt wurde.

Allerdings verneien die Freunde Stassens, dass er je beabsichtigt hatte, mit Herrn Sorin Privatverhandlungen zu führen, ohne seine westlichen Alliierten voll zu konsultieren. Er hat wahrscheinlich auch nach den beanstandeten zwei vertraulichen Unterhandlungen mit Herrn Sorin, die unter vier Augen stattfanden, seine Kollegen davon unterrichtet. Natürlich beschwerten sich die französischen, kanadischen und britischen Unterhändler aber darüber, dass sie n a c h h e r und nicht wie bisher üblich v o r h e r ins Vertrauen gezogen wurden. Vor allem aber hatte Herr Stassen Herrn Sorin einige seiner beabsichtigten Vorschläge schriftlich mitgeteilt, noch ehe die westlichen Konsultationen darüber abgeschlossen waren. Nicht nur die westlichen Verhandlungspartner, sondern auch andere NATO-Regierungen zeigten sich beunruhigt und beklagten sich in Washington. Herr Stassen kam mit bindenden Instruktionen über seine zukünftige Verhandlungstaktik zurück. Der Sturm, der ein Aufliegen der Konferenz hätte heraufbeschwören können, wehte vorüber.

Natürlich hatte Herr Sorin über diese Vorgänge nach Moskau berichtet und Herr Chruschtschow schaltete sich mit einigem Geschick ein, indem er in seiner Helsinki Presseerklärung einiges von dem wiederholte, was in der vertraulichen Stassen-Sorin-Unterhandlung gesagt worden war. Er wiederholte, was Sorin über die sowjetischen Absichten hinsichtlich

19. Juni 1957

des Verbots von Versuchsexplosionen hatte durchblicken lassen. Am darauffolgenden Freitag legte dann Herr Sorin seine wohlpräzisierten Vorschläge in dieser Hinsicht auf den Konferenztisch, sehr zum Erstaunen der vier westlichen Delegierten, die sich von der schnellhandelnden sowjetischen Diplomatie hatten überraschen lassen.

Nun war dieser Sorin-Vorschlag tatsächlich ein ausserordentlich wichtiger Fortschritt in den Abrüstungsgesprächen der Nachkriegszeit. Zum ersten Male akzeptierten die Russen das Prinzip nuklearer Kontrolle mit festen Spezifikationen. Es war der zweite sowjetische Schritt in Richtung auf ein Abkommen. Den ersten Schritt, der ihn der westlichen Position näherte, hatte Herr Sorin mit der Anerkennung des Prinzips der Luftinspektion über sowjetischer und amerikanischer Gebiet getan.

Bei dem gesamten Verlauf der Verhandlungen muss man leider den Eindruck gewinnen, dass die Sowjets viel besser wissen, was sie anstreben, als der in sich durchaus nicht einige Westen. Sobald nämlich die Russen Entgegenkommen zeigen, setzt man von den verschiedensten Seiten im Westen die Bremsen an. Man will ein Teilabkommen - aber man ist sich durchaus nicht einig, was alles in ein solches hineingehört. Nicht nur von Bonn aus wird die Frage gestellt, wo die Grenze zwischen partiellen und umfassendem Abrüstungsabkommen liegt, und zwar, ehe man überhaupt in einem der Details eine völlige Einigung herbeigeführt hätte. Lange Konsultation nicht nur zwischen den vier westlichen Delegationen, sondern auch mit den NATO-Regierungen verstärken den Anschein, dass die Widerstände im westlichen Lager auch geringfügige Resultate verzögern oder sogar sabotieren.

In den bis August verbleibenden Wochen wird man sich wahrscheinlich über die Einzelheiten der zwei Erfolg versprechenden Abrüstungspunkte herumstreiten. Eine zeitweilige Einstellung von Wasserstoffbomben-Versuchen, wie sie von Herrn Sorin nun vorgeschlagen worden ist, ist mit gewissen Modifikationen für den Westen akzeptabel. Der andere Punkt, bei dem trotz Herrn Chruschtschows kalter Dusche darüber gewisse Erfolgchancen bestehen, dreht sich um die Schaffung einer Versuchszone der Luftinspektion. Fügt man eine prozentual bescheidene Herabsetzung der konventionellen Streitkräfte hinzu, so dürfte man damit den Umfang des im Augenblick möglichen Teilabkommens umrissen haben.

Die Stimme der Erfahrenen

KJ. Wer nur die Schlagzeilen der Zeitungen über das Deutschland-Treffen der Heimkehrer in Frankfurt gelesen hat, bekommt dieses schiefe Bild: der VdH veranstaltet wieder einmal Rummel um die noch nicht ertlassenen Gefangenen, Tausende sind noch in Russland, der Kreml hat seine Versprechungen vom September 1955 nicht gehalten. Wer sich diese oberflächliche Meinung gebildet hat, verdankt sie dem Bundeskanzler, der in Frankfurt ausrief, die Freilassung der Gefangenen sei ihm wichtiger als der ganze Ost-Handel.

Ging es dem Heimkehrerverband um das Junktim: Erst heraus mit dem letzten Deutschen - dann bessere Beziehungen zur Sowjetunion? Mein. Wenn der VdH in wohlabgewogenen Worten den Kreml an das Schicksal der in der SU zurückgehaltenen Personen erinnerte, dann wusste er, dass es sich hier nicht eigentlich um "Gefangene" handelt. Natürlich appellierte das Deutschland-Treffen an das Gewissen der Sowjets, auch die "Zurückgehaltenen" heimzuschicken - aber es wurde daraus kein Jahrmarkt der Forderungen. Peinlich hatten die Veranstalter alles vermieden, was der empfindliche Kreml als Herausforderung empfunden haben würde. Dem Kanzler blieb es vorbehalten, die Akzente zu verschieben.

Im eigentlichen Mittelpunkt des Treffens der Zweihunderttausend stand die entscheidende Frage, wie die Erfahrungen der Kriegsgeneration der Demokratie nutzbar gemacht werden können. Welch Unterschied schon äusserlich zu den Schaustellungen der bundesdeutschen Soldatenbünde! Da gab es keine Uniformen und keine Medaillen, kein Strammstehen und keine Dienstgrade. Es lehten die "Ostland-Reiter". In den Arbeitsgemeinschaften behauptete sich eine echte politische Diskussion, die sich kritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzte. Der VdH ehrt die Männer des 20. Juli und betont das Recht auf Gehorsamsverweigerung, wenn es um politische Entscheidungen geht. In welchem der Soldatenbünde bei uns fände man diese klaren Worte wie hier im Hauptreferat: "Niemand von uns will die Erinnerung an das russische Volk missen und niemand will die Schuld leugnen, die sich Deutschland gegenüber Russland aufgeladen hat. Nie wieder würde das deutsche Volk einer Regierung folgen, die - sei es um wirtschaftlicher, politischer oder ideologischer Gegensätze willen - einen Angriff auf die Sowjetunion plante. Die Kriegsgeneration würde die Rechtmässigkeit dieses Befehls bezweifeln. Wir wollen mit Russland in Frieden leben. Wir wollen mit Russland Handel treiben. Wir möchten

mit Touropa in den Kaukasus und auf die Krim reisen." Von einem Junktim zwischen normalen Beziehungen zur Sowjetunion und der Repatriierung ist hier keine Rede. Obwohl es sich gerade die Russland-Heimkehrer leisten könnten, Moskau gegenüber eine "harte Politik" zu fordern. Ihre Erlebnisse in den sowjetischen Lagern und Gefängnissen waren oft fürchterlich genug. Aber Hass und Ressentiments sind schlechte Berater, nicht dazu angetan, einer besseren Zukunft den Weg zu öffnen.

Der Heimkehrerverband will sich niemals einer radikalen Partei anschliessen, gleich, ob sie links oder rechts steht. Er will sich im vorpolitischen Raum die erlittenen Erfahrungen seiner Mitglieder nutzbar machen und die Werte des Maßhaltens, der aktiven Toleranz, der Ordnung und Sicherheiten gegen das Radikale und Restaurative immer wieder neu erobern. Nach den Worten seines Vorsitzenden zeigt er sich "...besonders empfindlich gegenüber allen Bestrebungen auf einseitige Machtballungen auch unter demokratischem Vorzeichen."

Diese Grundauffassung drückte sich nicht nur in den Referaten des Frankfurter Treffens aus - sie lebte in den zahllosen Diskussionen der Zweihunderttausend, die am eigenen Leibe das Elend des Krieges, der Gefangenschaft und des Unrechts erlebt haben. Frucht dieser Erfahrungen ist die tiefe Abneigung gegenüber der Demagogie im politischen Alltag. Kein Wunder, wenn sich die Erfahrenen dieser Kriegsgeneration angesichts der Regierungspolitik oft sehr unwohl fühlen müssen.

* * *

Stärkung der Organisation, mehr politische Bildung

sp- Auf ihrem Stuttgarter Verbandstag haben sich die sozialistische Jugend, "Die Falken", neu formiert und neue Ziele abgesteckt, die in den kommenden zwei Jahren angestrebt werden. Das besondere Schwergewicht der Verbandsarbeit soll auf den Ausbau der inneren Organisation, die weitere Verbreiterung der Mitgliederbasis und auf eine umfassende Schulung der Mitglieder gelegt werden.

Das ständig zunehmende Interesse junger Menschen an der sozialistischen Jugendbewegung hat die meisten der in Stuttgart über diese Fragen auftretenden Sprecher zu optimistischen Prognosen geführt. Die jungen Deutschen sind, politisch ruhig und sachlich angesprochen, für politische Fragen zu interessieren. Die steigenden Mitgliedszahlen

der sozialistischen Jugend beweisen es. Die Richtigkeit dieser Erkenntnis wurde von der Stuttgarter Versammlung, zu der 150 Delegierte aus allen Bezirken zusammengekommen waren, erneut bestätigt. Aus den über 70 vorliegenden Anträgen wurden mit grosser Mehrheit alle die Formulierungen gestrichen, die an der ruhigen Sachlichkeit und der demokratischen Toleranz und auch der politischen Klugheit der jungen Sozialisten Zweifel hätten aufkommen lassen können. Sie waren im Gegenteil entschlossen, ihre Programmatik so zu formen, dass neue, bisher abseits stehende junge Menschen in die Falkenbewegung finden und dass den Erkenntnissen Rechnung getragen wird, die sich für junge Sozialisten aus den Entwicklungen in anderen Teilen Europas ableiten.

Die Neuwahl des Vorsitzenden, Heinz Westphal, der durch Karl Heinz Prall ersetzt wurde, hat weitreichende innerorganisatorischen Überlegungen und Notwendigkeiten Ausdruck gegeben. Die Organisation der sozialistischen Jugend soll weiter gestärkt und vergrössert werden. Westphal, ein hoffnungsvolles Talent der politischen Rede und der überzeugenden Aussage, soll diesen Ausbau vornehmen. Im Jugendpolitischen Ausschuss, den er übernehmen wird, findet er das Gremium, um die neue wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Der neue Vorsitzende, Prall, ist in der sozialistischen Jugend gross geworden und bringt alle Voraussetzungen mit, um im Sinne Westphals seine Aufgabe zu erfüllen. Sein Hauptanliegen wird die Stärkung und Pflege des guten Verhältnisses sein, dass die Jugendbewegung mit der Sozialdemokratischen Partei verbindet. Die Diskussionen, in der Form auf hohem Niveau, haben die Übereinstimmungen zwischen Partei und Jugendbewegung eindrucksvoll wiedergegeben. Eine grosse politische Partei, wie die SPD, braucht eine Jugendbewegung und sie kann sich glücklich schätzen, wenn in dieser Bewegung dynamische Kräfte und Strömungen lebendig sind und eine sich immer erneuernde Unruhe die Diskussionen bis in die Spitze hinein belebt. Diese Unruhe steckt in der sozialistischen Jugend. Sie gibt sich mit den satten Erkenntnissen des Wirtschaftswunders nicht zufrieden, die jungen Sozialisten streben weiter nach Vollkommenheit der Gesellschaft und vor allem nach der Anpassung der sozialistischen Lehre an die neue Zeit, denn der freikörperliche Sozialismus ist kein starres Gebilde, er formt sich mit seiner Umwelt und stellt sich auf die neuen Gegebenheiten ein.

Alle diese Fragen bewegen diese sozialistische Jugend wirklich

19. Juni 1957

und deswegen ist ihr Entschluss, die Schulung, die Bildung und die innere Struktur der Organisation zu verstärken richtig und es bleibt ihnen zu wünschen, dass sie ^{die} gesteckten Ziele erreichen. Am Willen dazu und an der Geschlossenheit, das hat Stuttgart gezeigt, fehlt es sicher nicht

* * *

Der Alldruck der CDU

sp- Über zwei Drittel der Bevölkerung lehnen - nach nicht veröffentlichten Ergebnissen eines Meinungsforschungsinstituts - die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen ab. Im vorigen Jahr waren es nur 50 Prozent. Den größten Teil der Gegner einer Aufrüstung der Bundesrepublik mit den schrecklichsten Vernichtungswaffen stellen die Frauen - sehr zum Missvergnügen der CDU. Auch sonst hat die CDU allen Grund, alarmiert zu sein. Es ist ihr nicht entgangen, dass kein Ereignis so tief in das Bewusstsein der Öffentlichkeit drang, wie der Appell der Göttinger Professoren. Die schreckliche Vision einer Selbstzerstörung Deutschlands und Europas weckte auch die Gleichgültigsten in unserem Volke auf, sie sehen in dem Streit um die Aufrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen nicht eine Frage der Tagespolitik. Hier geht es um Sein oder Nichtsein jetziger und künftiger Generationen. Die Mehrheit unseres Volkes steht in dieser Frage eindeutig hinter den Göttinger Professoren, sie billigt nicht die Thesen Adenauers.

Die führende Regierungspartei wird in der ihr verbleibenden Zwischenzeit bis zu den Wahlen alles versuchen, die für sie verheerende Wirkung des Göttinger Appells abzuschwächen, oder gar zu verniedlichen. Sie wird sich den Anschein geben, als ob sie die Sorgen der Göttinger Professoren teile. Der Appell traf die wundeste Stelle der Adenauerschen Politik, er machte nun allen bewusst, wohin wir steuern. Wenn Außenminister von Brentano nun auch von dem Willen zur Entspannung spricht, so fehlt solchen Bekundungen die innere Überzeugungskraft, hat er sich doch als ein williges Instrument jener Kräfte in der deutschen Politik erwiesen, die glauben, unsere Rettung hänge von unserem Vermögen ab, so mächtig zu erscheinen, dass es den "anderen" Schrecken einjage. Unser Überleben hängt aber von unserer Fähigkeit und von unserer Bereitschaft ab, die eingetretenen Veränderungen in der Welt zu respektieren und sich ihnen anzupassen. Die Atombombenpolitik unserer derzeitigen Bundesregierung ist ein, wenn auch mächtiges Überbleibsel einer vergangenen Epoche deutscher Geschichte und verblendeten Machtdenkens, ihm widersetzen sich alle auf das Überleben unseres Volkes bedachten Kräfte. Sie gerieten damit in einen unversöhnlichen Gegensatz zu einer Partei, die die Zukunft unseres Volkes frevelhaft auf das Spiel setzt.

* * *

An unsere Bezirker!

Unsere nächste Ausgabe erscheint am Freitag, dem 21. Juni 1957

Verantwortlich: i.V. Albert Exler